

Landtag Rheinland-Pfalz
15. Wahlperiode

Plenarprotokoll 15/8

8. Sitzung

Mittwoch, den 04. Oktober 2006

Mainz, Deutschhaus

Landeshaushaltsgesetz 2007/2008 (LHG 2007/2008)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/304 –

Erste Beratung

dazu: Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2006 bis 2011

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 15/305; Vorlage 15/335 – 351

*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/304 – wird von
Staatsminister Professor Dr. Deubel begründet.*

*Die erste Beratung wird mit der Aussprache in der 9. Plenarsitzung
am 5. Oktober 2006 fortgesetzt.*

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Professor Dr. Ingolf Deubel, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering, Professor Dr. Jürgen Zöllner; Staatssekretär Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Dr. Stefanie Lejeune, Carsten Pörksen.

Rednerverzeichnis:

Präsident Mertes:.....	351, 358
Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:	351

8. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 04. Oktober 2006

Die Sitzung wird um 13:59 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seien Sie herzlich zur 8. Plenarsitzung willkommen.

Ich darf Sie bitten, mit mir die Feststellung der Tagesordnung durchzuführen. Gibt es Änderungswünsche zur Tagesordnung? –

Sie fragen wahrscheinlich, warum ich so pünktlich anfangen. Das hat mit dem dankenswerten Umstand zu tun, dass der SWR unsere Plenarsitzung nach draußen in unser Land überträgt. Er hätte gern, dass wir pünktlich beginnen. So freue ich mich, Sie begrüßen zu dürfen.

Ich darf nach der Feststellung der Tagesordnung **Punkt 1** der Tagesordnung aufrufen:

Landeshaushaltsgesetz 2007/2008 (LHG 2007/2008) **Gesetzentwurf der Landesregierung** – Drucksache 15/304 – **Erste Beratung**

dazu:
Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz
für die Jahre 2006 bis 2011
Unterrichtung durch den Präsidenten
des Landtags
– Drucksache 15/305; Vorlage 15/335 –

Es spricht Herr Professor Dr. Deubel.

Prof. Dr. Deubel, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2007 und 2008 zeigen wir Ihnen, wie die Zukunft unseres Landes in den nächsten zwei Jahren gestaltet werden soll. Mit dem Finanzplan bis 2011 stellen wir die finanzwirtschaftlichen Perspektiven in der laufenden Legislaturperiode dar.

Unsere Vorstellung von Zukunft lässt sich kurz und präzise beschreiben. Wir wollen ein lebenswertes und lebenswertes Rheinland-Pfalz, heute, in den nächsten beiden Jahren, aber auch in 20 oder 40 Jahren.

Dazu gehört zuallererst Arbeit, genügend Arbeit, auskömmliche Arbeit, moderne Arbeit. Deshalb müssen wir in Bildung, in Wissenschaft und in Infrastruktur investieren.

Lebenswert wird Rheinland-Pfalz aber nur bleiben, wenn wir niemanden ausschließen. Wir stehen für Integration, für bürgerschaftliches Engagement und für Chancengleichheit.

Das ist die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderung der globalisierten Welt. Dafür steht die Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD)

Zukunft gibt es nur mit, nicht ohne Kinder. Zukunft braucht eine intakte Umwelt. Zukunft braucht aber auch Sicherheit; denn ohne Sicherheit wird nicht investiert.

Meine Damen und Herren, unsere Vorstellungen von Zukunft haben wir im Haushaltsplan für die nächsten beiden Jahre in Zahlen abgebildet. Der Haushaltsplan gibt den finanziellen Rahmen und damit auch Rahmenbedingungen für die Zukunftsgestaltung vor.

Für die möglichst effiziente Umsetzung in Leistungen für den Bürger sind wir auf das Engagement der Bediensteten des Landes, aber auch vieler ehrenamtlicher Helfer angewiesen.

Ich habe eine große Achtung vor der Leistung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie produzieren vor Ort mit hohem persönlichen Einsatz Bildung, Sicherheit und eine Vielzahl von Beratungsleistungen.

Sie sorgen für die Einhaltung der Regeln und Gesetze, die wir uns gegeben haben und gewährleisten eine effiziente und gerechte Steuererhebung.

Wir heben die Bezüge unserer Beamten in den nächsten beiden Jahren um jeweils 0,5 % an. Natürlich ist dies nicht zufriedenstellend, aber die Haushaltssituation lässt uns keine andere Wahl.

Für die Finanzpolitik sehe ich drei zentrale Herausforderungen, die wir bewältigen müssen, wenn wir unsere Vorstellung von Zukunft verwirklichen wollen.

Ohne eine gesunde ökonomische Basis bleibt alles andere ein frommer Wunsch. Der Investitionsbedarf ist unsere erste Herausforderung. Deshalb investieren wir in Rheinland-Pfalz in dieser Legislaturperiode 1 Milliarde Euro für neue Impulse in der Wissenschaft, in der Infrastruktur und in der Wirtschaft.

Wir brauchen zweitens einen handlungsfähigen Staat. Wenn wir in den nächsten fünf Jahren die Landesfinanzen nicht weiter massiv konsolidieren, ist die künftige Handlungsfähigkeit des Landes infrage gestellt. Deshalb konsolidieren wir den Landeshaushalt bis 2011 um 1,2 Milliarden Euro.

(Beifall der SPD)

Die demografische Entwicklung ist die dritte Herausforderung. Sie wird dazu führen, dass die öffentlichen Aufgaben von immer weniger Erwerbstätigen zu finanzieren sind.

Insbesondere mit Blick auf unsere Pensionsverpflichtungen müssen wir vorsorgen, um die künftigen Generationen nicht zu überfordern. Deshalb erhöhen wir bis 2011 die Vorsorge im landeseigenen Pensionsfonds um rund 2 Milliarden Euro.

Weitere zentrale Ziele haben wir in der Finanzplanung 2006 bis 2011 festgelegt. Die Verfassungsgrenze wird in allen Jahren eingehalten, sowohl im Kernhaushalt als auch bei den Landesbetrieben.

Die Ausgaben sollen im Jahresdurchschnitt – bereinigt um die Zuflüsse an den Pensionsfonds – lediglich um 1,1 % wachsen. Wir bleiben damit im Rahmen der Vorgaben des Finanzplanungsrates. Hierzu sind in den Jahren 2009 bis 2011 allerdings noch weitere Einsparmaßnahmen notwendig.

Mit einer durchschnittlichen jährlichen Konsolidierungsleistung von 198 Millionen Euro tragen wir unseren Teil dazu bei, die Konsolidierungsvorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu erfüllen.

Zur Verbesserung der Landesfinanzen werden zunächst die Einmalerlöse schrittweise reduziert. Im vergangenen Jahr waren noch 741 Millionen Euro notwendig. Im Jahr 2011 wollen wir ohne Vermögensaktivierungen auskommen.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Meine Damen und Herren, die deutsche Wirtschaft befindet sich seit dem Frühjahr 2006 in einem kräftigen Aufschwung. Im zweiten Quartal 2006 konnten wir den stärksten Quartalszuwachs des Bruttoinlandsproduktes seit fünf Jahren verzeichnen.

Der Aufschwung wird maßgeblich von inländischer Nachfrage nach Ausrüstungen mitgetragen. Inzwischen hat er den Arbeitsmarkt erreicht.

Seit Februar 2006 nimmt auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wieder zu. Sie lag im Mai erstmals seit langem wieder über dem Vorjahresstand. Die seit 2001 andauernde konjunkturelle Schwächephase ist damit überwunden.

Die Prognostiker wurden vom hohen Wachstum im zweiten Quartal positiv überrascht, sodass für 2006 von einer Erhöhung des realen Wirtschaftswachstums auf mindestens 2 % ausgegangen werden kann. Auch die Bundesregierung wird ihre Prognose im Vorfeld der Steuerschätzung nach oben korrigieren.

Für das nächste Jahr ist aufgrund der Umsatzsteuererhöhung mit einer leichten Abkühlung der wirtschaftlichen Dynamik zu rechnen. Größere Anschaffungen im Privatbereich werden teilweise ins zweite Halbjahr 2006 vorgezogen.

Dieser Effekt beträgt nach dem Frühjahrsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute etwa 0,2 % des Bruttoinlandsproduktes. Dennoch erwarten alle Institute, dass die Steuererhöhung die konjunkturelle Entwicklung mittel- und langfristig nicht beeinträchtigen wird.

Auf mittlere Sicht wird die Wirtschaftsentwicklung Deutschlands durch die unmittelbare Nachbarschaft zu den mittel- und osteuropäischen Ländern weiter stark geprägt. Die Lohn- und Gehaltssumme in Deutschland wird aus unserer Sicht so lange nur moderat steigen

können, wie die bestehenden Wohlstandsunterschiede nicht weitgehend überwunden worden sind.

Gleichzeitig sind auch zukünftig starke Wachstumsimpulse aus diesen Ländern für Deutschland zu erwarten. Im Hinblick auf die Steuereinnahmen dürften jedoch die dämpfenden Effekte überwiegen.

Dieser Zusammenhang ist grundlegend für unsere Einschätzung des Steuereinnahmenwachstums in der mittleren Frist. Basierend auch auf den Ergebnissen der letzten Steuerschätzung erwarten wir lediglich eine Zunahme der Steuereinnahmen um jährlich rund 3 %. Die Steuereinnahmenentwicklung, die in den vergangenen fünf Jahren der Hauptgrund für die schwierige Situation der öffentlichen Haushalte war, hat sich dank des Konjunkturaufschwungs und aufgrund der auf Bundesebene beschlossenen Maßnahmen normalisiert.

Für 2006 erwarten wir in Rheinland-Pfalz Steuermehreinnahmen in Höhe von 250 Millionen Euro über dem Haushaltsansatz. Damit erreichen wir in diesem Jahr erstmals wieder das Steuereinnahmenniveau des Jahres 2000.

Die prognostizierten Steuereinnahmen des Jahres 2007 liegen mit 8.642 Millionen Euro um weitere 317 Millionen Euro höher als für 2006 erwartet. Das entspricht den Mehreinnahmen, die sich aus den auf Bundesebene beschlossenen Steuerrechtsänderungen ergeben. Dies macht deutlich, dass auch mit Blick auf die bevorstehende Unternehmensteuerreform vorsichtig veranschlagt worden ist.

Für die Unternehmensteuerreform wurde zwischen den Koalitionspartnern im Bund ein Nettoentlastungsvolumen von maximal 5 Milliarden Euro verabredet. Innerhalb dieses finanziellen Rahmens steht die Landesregierung zu der geplanten Reform.

2008 steigen die von uns veranschlagten Steuereinnahmen um weitere 276 Millionen Euro oder um 3,2 % auf 8.918 Millionen Euro. Die Steuerschätzung im November wird uns in unserer Veranschlagung bestätigen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einen Moment innehalten und den Blick auf die vergangenen fünf Jahre richten, fünf Jahre, die allen, die für öffentliche Haushalte Verantwortung tragen, große Nervenstärke abverlangten.

Die Steuereinnahmen brachen ab 2001 in einem vorher nie beobachteten Maße ein, teils konjunkturbedingt, teils resultierend aus den Entlastungen der Steuerreform 2000.

Im vergangenen Jahr lagen unsere Steuereinnahmen bei 7.665 Millionen Euro. Das waren 686 Millionen Euro oder 8,2 % weniger als im Jahr 2000.

Wären die Steuereinnahmen mit einer Normalrate von 3,2 % pro Jahr seit dem Jahr 2000 gewachsen, hätten wir 2005 2,1 Milliarden Euro mehr an Steuern eingenommen und im Haushalt kein Defizit, sondern einen Überschuss ausgewiesen.

Wir haben auf diese Einnahmenkrise mit einer strikten Ausgabenbegrenzung reagiert. Seit dem Jahr 2000 belief sich der jahresdurchschnittliche Ausgabenzuwachs auf lediglich 0,4 %.

Wir haben aber auch nicht überreagiert. Hätten wir die Steuerausfälle vollständig durch Ausgabenreduzierungen kompensieren wollen, hätten wir die Ausgaben jährlich real um 2 % senken müssen.

Was wäre die Folge gewesen? Wir hätten bei damals noch steigenden Schülerzahlen Lehrerstellen abbauen und Schulen schließen müssen, statt Ganztagschulen einzurichten.

(Frau Schmidt, CDU: Imagekampagne! –
Zurufe von der SPD: Jetzt aber! Jetzt aber!)

Die Zahl der Polizisten wäre nicht erhöht worden. Die Investitionen in unser Straßennetz wären nicht möglich gewesen.

Die Stundung der auf die Kommunen entfallenden Steuermindereinnahmen hätte nicht gewährt werden können, mit allen Folgewirkungen für die kommunalen Haushalte.

Wissenschaft, Forschung, Wirtschaftsentwicklung, Arbeitslosigkeit – wo ständen wir heute bei diesen Themen? Hätten wir die drittgünstigste Arbeitslosenquote aller Länder, die meisten Unternehmensgründungen pro Einwohner? Würden wir heute mehr Studenten aus anderen Ländern ausbilden als umgekehrt?

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Durch unsere Ausgabenzurückhaltung konnten wir eine Ausweitung der Unterdeckung des Haushalts verhindern. Die dabei erzielten Konsolidierungserfolge wurden allerdings durch die wegbrechenden Steuereinnahmen überdeckt.

In den Jahren 2002 bis 2005 belief sich die Gesamtfinanzierungslücke auf konstant rund 1,7 Milliarden Euro. Im Jahr 2005 wurde diese Lücke durch 741 Millionen Euro Einmalerlöse und 984 Millionen Euro Nettokreditaufnahme geschlossen.

Der Staat darf in konjunkturellen Schwächephasen nicht noch Öl ins Feuer gießen. Eine stetige und verlässliche Finanzpolitik gibt dem privaten Sektor gerade in Zeiten großer ökonomischer Irritation eine stabile Orientierung.

Hektisches und planloses Ad-hoc-Sparen verschärft dagegen konjunkturelle Krisen.

Deswegen war unsere Politik gerade aus heutiger Sicht völlig richtig.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist die Ausgangssituation, vor der wir stehen und die wir nun, bei anziehender Konjunktur, auch bewältigen können.

Trotz der deutlichen Verbesserung der Einnahmensituation bei den Steuern ist es daher weiterhin notwendig,

die Ausgaben strikt zu begrenzen. Wo in den letzten Jahren Nervenstärke gefragt war, wird die Landesregierung nun Standhaftigkeit beweisen. Spiegelbildlich zu unserer Politik der letzten fünf Jahre, dem Steuereinnahmenverlauf nach unten nicht vollständig zu folgen, lassen wir uns heute, trotz Steuermehreinnahmen von über 8 %, nicht zu Mehrausgaben verleiten, die unsere Konsolidierung gefährden.

Die Ausgaben ohne Zahlungen an den landeseigenen Pensionsfonds steigen im Jahr 2007 um 1,1 % und im Jahr 2008 um 1,2 %. Addiert man die Zuflüsse an den Pensionsfonds hinzu, liegt die Ausgabensteigerung bei 1,7 % in 2007 und 1,6 % im Jahr 2008, also etwa in Höhe der Preissteigerung.

Trotz Steuermehreinnahmen und trotz Ausgabenzurückhaltung sind wir leider immer noch darauf angewiesen, Vermögen zu aktivieren, um die Nettoneuverschuldung unter 1 Milliarde Euro zu halten. Für 2007 haben wir 298 Millionen Euro Einmalerlöse eingeplant, für 2008 sind es 274 Millionen Euro. Im Vergleich zum vergangenen Jahr werden wir damit den Einsatz von Vermögenswerten um rund 60 % reduzieren. Unsere Gesamteinnahmen steigen deshalb im Jahr 2007 trotz Steuermehreinnahmen auch nur um 0,5 % oder 59 Millionen Euro gegenüber 2006.

Die geplante Nettokreditaufnahme beläuft sich 2007 auf 994 Millionen Euro. Hinzu kommen 297 Millionen Euro Kreditaufnahme bei den Landesbetrieben. 2008 werden im Haushalt 975 Millionen Euro neue Kredite aufgenommen und in den Landesbetrieben 289 Millionen Euro.

Die Verfassungsgrenze wird, wie bereits gesagt, sowohl im Landeshaushalt als auch in den Landesbetrieben eingehalten. Insgesamt liegen die eigenfinanzierten Investitionen um mehr als 100 Millionen Euro höher als die Nettokreditaufnahme.

In den vergangenen Tagen wurde behauptet, die Steuermehreinnahmen aus der Umsatzsteuererhöhung würden nicht zur Konsolidierung der Landesfinanzen eingesetzt. Das ist falsch. Wir konsolidieren den Haushalt bis 2011 um 1,2 Milliarden Euro. Etwa 60 % der Steuermehreinnahmen stecken wir in die Konsolidierung.

Betrachten wir die Ausgangslage. 2005 nahmen wir 7,665 Milliarden Euro Steuern ein. 2007 werden es inklusive Umsatzsteuererhöhung nach unserer Einschätzung 8,642 Milliarden Euro sein. Das sind rund 980 Millionen Euro Mehreinnahmen.

Die Ausgaben ohne Pensionsfondszuflüsse steigen in diesen beiden Jahren um 380 Millionen Euro. Dies entspricht rund 40 % der Steuermehreinnahmen. Der Rest in Höhe von fast 600 Millionen Euro dient der Verbesserung des Haushaltes. Im Einzelnen konsolidieren wir an den folgenden Positionen:

- Die Zuflüsse an den Pensionsfonds liegen 2007 um 125 Millionen Euro höher als 2005.
- Wir reduzieren die eingesetzten Einmalerlöse im Haushalt um 443 Millionen Euro.

- Der Saldo der Rücklagenbewegungen verbessert sich um 35 Millionen Euro.
- Gegenzurechnen ist die Erhöhung der Nettokreditaufnahme um 11 Millionen Euro.

Damit steht der Haushalt im Jahr 2007 um rund 600 Millionen Euro besser da als 2005. Wir verwenden also rund 60 % der Steuermehreinnahmen zur Konsolidierung und nur rund 40 % für Mehrausgaben.

(Beifall der SPD)

Auch bei Einbeziehung der Landesbetriebe ergibt sich noch ein Konsolidierungsanteil von rund 50 %.

Beim Vergleich des Jahres 2011 mit dem Jahr 2005 wird das Ausmaß der Konsolidierung noch deutlicher:

Von 2,1 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen verwenden wir lediglich 926 Millionen Euro für Ausgabenerhöhungen. Das sind 43 % der Steuermehreinnahmen. Für den Abbau der Einmalerlöse sind 741 Millionen Euro, für die Erhöhung der Zuflüsse an den Pensionsfonds 344 Millionen Euro, für die Erhöhung des Saldos der Rücklagenbewegungen 30 Millionen Euro und für die Absenkung der Nettokreditaufnahme 101 Millionen Euro vorgesehen. Dies ergibt zusammengekommen einen Konsolidierungsbetrag von 1,2 Milliarden Euro oder 57 % der Steuermehreinnahmen. Bei Einbeziehung der Landesbetriebe ergibt sich immerhin noch eine Konsolidierungsquote von 55 %.

Zu den strukturellen Verbesserungen des Landeshaushalts gehört auch die Erhöhung der Vorsorge für zukünftige Pensionsausgaben. In den Jahren 2006 bis 2011 werden wir voraussichtlich etwas über 2 Milliarden Euro an den Pensionsfonds zahlen. Unsere Zahlung an den Pensionsfonds erhöht sich ohnehin Jahr für Jahr dadurch, dass ein zusätzlicher Beamtenjahrgang in das System aufgenommen wird. Zudem waren die Zahlungen im Doppelhaushalt aufgrund neuer versicherungsmathematischer Vorgaben deutlich anzuheben. Inzwischen werden für rund ein Viertel der rheinland-pfälzischen Beamten Vorsorgebeträge in den Pensionsfonds eingezahlt.

(Bracht, CDU: Und wo ist das Geld?)

Der Bund und andere Länder folgten in den letzten Jahren dem rheinland-pfälzischen Vorbild. Weitere Länder wollen sich anschließen.

Wenn wir die Zuflüsse an den Fonds als Konsolidierungsleistung ausweisen, handeln wir in Übereinstimmung mit der Europäischen Union; denn die EU sieht die Vorsorge für künftige Pensionszahlungen als Teil der Konsolidierung an.

Das ist nicht erstaunlich; denn die Darlehen, die wir an unseren Pensionsfonds heute vergeben, und die Zinsen, die der Fonds erwirtschaftet, stellen den Aufbau von Finanzvermögen des Landes dar. Die heutigen Zahlungen des Landes begründen zukünftige Einnahmen aus dem Fonds. Der Fonds muss diese Mittel im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben mündelsicher anlegen. Er

könnte somit Schuldscheine verschiedener Länder oder des Bundes ankaufen.

Um unter diesen Rahmenbedingungen die höchstmögliche Rendite zu erwirtschaften, hat sich der Pensionsfonds allerdings richtigerweise dazu entschieden, Schuldscheine des Landes zu erwerben.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, im Jahr 2005 lag unsere Finanzierungslücke im Haushalt bei 1,7 Milliarden Euro. Wir haben sie durch Einmalerlöse und Kreditaufnahme geschlossen. Gleichzeitig bauten wir beim Pensionsfonds 177 Millionen Euro Vermögen auf. Ohne Pensionsfondszufluss ergab sich 2005 also eine Finanzierungslücke von mehr als 1,5 Milliarden Euro.

Im Jahr 2007 liegt unsere Finanzierungslücke noch bei 1,3 Milliarden Euro, und wir erhöhen unser Forderungsvermögen beim Pensionsfonds um 302 Millionen Euro. Die Finanzierungslücke ohne Pensionsfondszufluss beträgt damit nur noch knapp 1 Milliarde Euro. Dies ist also um mehr als 500 Millionen Euro besser als im Jahr 2005.

2011 werden wir zur Deckung unserer Finanzierungslücke ohne Vermögensaktivierungen auskommen. Die Lücke liegt dann bei 883 Millionen Euro. Gleichzeitig erhöhen wir unsere Forderungen an den Pensionsfonds um 521 Millionen Euro. Das bedeutet, dass im Jahr 2011 die Finanzierungslücke ohne Pensionsfondszufluss nur noch 360 Millionen Euro betragen wird. Auch in dieser Darstellungsart ergibt sich von 2005 bis 2011 wieder ein Konsolidierungserfolg von fast 1,2 Milliarden Euro.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun auf die wichtigsten Ausgabenblöcke im Doppelhaushalt 2007/2008 eingehen. Die Personalausgaben belaufen sich in den nächsten beiden Jahren auf 4,6 bzw. 4,7 Milliarden Euro und beanspruchen damit rund 39 % der gesamten Ausgaben des Landes. Hinzu kommen die Zahlungen des Landes an den Pensionsfonds sowie verschiedene Zuweisungen und Zuschüsse an andere Institutionen, die personalkostenabhängig sind. Die Entwicklung der Entlohnung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat daher hohe Bedeutung für die Landesfinanzen.

Wie bereits anfangs erwähnt, wird das Land seinen Beamten wegen der weiterhin angespannten Haushaltslage in den nächsten beiden Jahren jeweils lediglich 0,5 % mehr Vergütung zahlen können, wobei allerdings im einfachen Dienst eine Anpassung mindestens in Höhe der Inflationsrate des Vorjahres vorgenommen wird. Für den Bereich des mittleren Dienstes werden wir den Preisanstieg teilweise ausgleichen. Für die Folgejahre sind für alle Laufbahngruppen Steigerungen in Höhe der Inflationsrate in Aussicht gestellt.

Zur Dämpfung des Anstiegs der Personalausgaben werden wir die Eingangsbesoldung für neu eingestellte Beamte des gehobenen und des höheren Dienstes für jeweils drei Jahre um eine Besoldungsstufe absenken. Ich gehe davon aus, dass die Attraktivität des Landes als Arbeitgeber darunter nicht leiden wird. Für die Berei-

che, in denen dies doch der Fall sein könnte, sind weitgehende Ausnahmeregelungen vorgesehen.

Wie in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten angekündigt, wird die bisherige Altersteilzeitregelung durch eine für das Land finanzierbare und für die Bediensteten gleichwohl faire und attraktive Nachfolgeregelung ersetzt. Das Kabinett hat sich in seiner letzten Sitzung damit beschäftigt.

Die Bildung von Globalhaushalten für die Universitäten Trier und Kaiserslautern sowie die Fachhochschulen Mainz und Kaiserslautern führt ab dem Jahr 2007 zu einer Niveauabsenkung der Personalausgaben. In etwa gleichem Umfang steigen die Zuweisungen.

Der Kommunale Finanzausgleich steigt in beiden Haushaltsjahren wie zugesagt um jeweils 1 % oder rund 17 Millionen Euro. Während andere Länder in den vergangenen fünf Jahren ihre Haushalte auf dem Rücken der Kommunen entlastet haben, waren wir auch in schwieriger Zeit ein fairer und verlässlicher Partner für die Kommunen.

(Beifall der SPD)

Wir haben die kommunalen Einnahmen aus dem Finanzausgleich über zinslose Darlehensvergabe verstetigt. Insgesamt zahlt das Land im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs pro Jahr rund 1,7 Milliarden Euro. Das sind etwa 14 % der Landesausgaben. Die Kommunen erhalten trotz der stark angestiegenen Steuereinnahmen des Landes im nächsten Jahr im Rahmen des Stabilisierungsfonds noch einmal ein weiteres Darlehen in Höhe von 63 Millionen Euro. Erst ab 2008 beginnt die Rückzahlungsphase der Verstedigungsdarlehen. Insgesamt stellt das Land den Kommunen damit von 2003 bis 2007 rund 688 Millionen Euro zur Verstedigung ihrer Investitionskraft zur Verfügung. Die gewährten Darlehen werden auch nach Überführung in den Stabilisierungsfonds zinsfrei gestellt bleiben.

(Beifall der SPD)

Schließlich wird den Kommunen durch das im März 2006 verabschiedete Konnexitätsausführungsgesetz zusätzliche nachhaltige finanzielle Sicherheit gewährleistet. Das von kommunaler Seite geforderte Verhältnis allgemeiner Zuweisungen zu Zweckzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich von 60 zu 40 wird eingehalten.

Die Zinsausgaben beanspruchen im Doppelhaushalt mit 1,1 Milliarden Euro im Jahr 2007 bzw. 1,2 Milliarden Euro im Jahr 2008 rund 9,5 bzw. 9,9 % der Landesausgaben. Nur 1985 und 1986 hatten wir mit 9,8 % und 9,7 % eine ähnlich hohe Zinsausgabenquote. Bis 2011 erwarten wir, dass die Zinsausgabenquote auf über 11 % ansteigt.

Hintergründe sind:

1. die strenge Ausgabenzurückhaltung und der dadurch kleine Nenner der Quote,
2. das mit der konjunkturellen Belebung anziehende Zinsniveau und

3. die in der Phase des Abbaus der Einmalerlöse weiterhin notwendige hohe Kreditaufnahme.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz investiert in den kommenden fünf Jahren eine Milliarde Euro für neue Impulse in der Wissenschaft, in der Infrastruktur und in der Wirtschaft.

(Beifall der SPD)

Die Investitionsquote beläuft sich im so genannten Kernhaushalt auf rund 11 % in beiden Jahren. Addiert man die Investitionen der Landesbetriebe noch hinzu, ergibt sich jeweils eine Quote von rund 13 %. Damit liegen wir in der Spitzengruppe aller westlichen Flächenländer.

Der Investitionsbegriff in kameraler Abgrenzung wird allerdings seit geraumer Zeit inhaltlich infrage gestellt. Fragen wir nach dem Mitteleinsatz der Landes, der dazu dient, zukünftig einen höheren Nutzen für das Land zu erzielen, muss man die Ausgaben für die Bildung von Humankapital, für Familienpolitik und für Sicherheit sowie für den Rechtsstaat und den sozialen Frieden einbeziehen. So betrachtet, investieren wir rund 50 % der gesamten Ausgaben unseres Landes in die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ohne Chancengerechtigkeit ist unsere Zukunft für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger nichts wert, und ohne Chancengleichheit vergeuden wir wertvolle Ressourcen. Chancengleichheit braucht Bildung von Anfang an. Wer es ernst meint mit Chancengleichheit, muss Startnachteile bereits bei den jüngsten Rheinland-Pfälzern ausgleichen. Hierfür bauen wir weiter auf das erfolgreiche Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“.

(Beifall der SPD)

Für Sprachfördermaßnahmen und Fortbildungsangebote an Erzieherinnen und Erziehern stehen im Doppelhaushalt insgesamt 20 Millionen Euro bereit. Für die Umsetzung der Beitragsfreiheit des letzten und ab September 2008 auch des vorletzten Kindergartenjahres sind die erforderlichen Mittel in Höhe von zusammen 74 Millionen Euro veranschlagt.

(Beifall der SPD)

Bis Ende 2010 wird der Kindergarten in Rheinland-Pfalz völlig beitragsfrei sein.

(Beifall der SPD)

Lassen Sie mich zu den Sprachförderprogrammen noch etwas sagen. Der Erwerb der deutschen Sprache ist für alle kleinen Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler der Schlüssel zu einer erfolgreichen Bildungskarriere.

(Beifall bei der SPD –

Frau Kohnle-Gros, CDU: Das wissen wir schon lange! –
Hartloff, SPD: Selbst für die Großen!)

– Den Zuruf nehme ich auf. Das gilt selbstverständlich auch für die Großen. Aber bei den Kleinen können wir es besonders beeinflussen.

(Heiterkeit im Hause)

Dieses Programm ist ein großer Beitrag, um insbesondere die Migration bildungspolitisch bewältigen zu können. Während die Diskussion in anderen Ländern erst am Anfang steht, haben wir diese wichtigen Maßnahmen bereits umgesetzt.

(Beifall der SPD –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Lesen Sie
doch einmal Zeitung!)

Ein weiterer Baustein zur Chancengleichheit in diesem Bereich ist die Erhöhung der Gelder für die Lernmittelfreiheit um 50 %. Hiermit werden die Gutscheine angehoben und die Einkommensgrenze, die zum Bezug der Lernmittel berechtigt, ausgeweitet.

Die Unterrichtsversorgung wird weiter verbessert und der naturwissenschaftliche Unterricht als Reaktion auf PISA noch ausgebaut. Hierfür stellt die Landesregierung nochmals 460 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer bereit.

(Beifall der SPD)

Das Ganztagschulprogramm wird im Zeitraum des Doppelhaushaltes pro Jahr 40 weitere Schulen ermöglichen.

Meine Damen und Herren, spätestens seit Verabschiedung der Lissabon-Strategie ist jedem klar, Wissen schafft Arbeit, und ohne Arbeit gibt es keine Zukunft.

Im Bereich der Hochschulen und der Wissenschaft bauen wir den Standort Rheinland-Pfalz aus und gestalten damit ein Stück Zukunft. Mit dem auf fünf Jahre angelegten und mit 125 Millionen Euro dotierten Hochschulsonderprogramm „Wissen schafft Zukunft“ wurde zusammen mit dem damaligen Koalitionspartner bereits in der letzten Legislaturperiode ein finanzieller Schwerpunkt mit wichtigen Impulsen für die Hochschulen gesetzt. Ab 2008 wird das Programm nochmals um 50 % erhöht und mindestens bis 2011 verlängert. Das Land stellt damit bis zum Ende der Legislaturperiode im Sonderprogramm zusätzlich 225 Millionen Euro im Bereich der Hochschulen bereit.

(Beifall der SPD)

Neben diesem Sonderprogramm wurde durch die Einführung der Globalhaushalte im Doppelhaushalt 2005/2006 ein neuer Weg erfolgreich beschritten. Deshalb wird er nun auf vier weitere Hochschulen ausgeweitet. Die TU Kaiserslautern, die Universität Trier sowie die Fachhochschulen Mainz und Kaiserslautern erhalten durch die Bildung von Globalhaushalten wesentlich größere finanzielle Gestaltungsspielräume. Durch die Übertragung der Hochschulimmobilien ab dem 1. Januar 2007 auf den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung und die damit einhergehende Einführung eines neuen Flächenmanagements unterstützen wir

zudem die effiziente Nutzung der vorhandenen Raumkapazitäten an den Hochschulen.

Nach der Übertragung der Hochschulimmobilien auf den LBB wird der Hochschulbau den Schwerpunkt der Baumaßnahmen im Wirtschaftsplan des LBB bilden. Für den Hochschulbau stehen im Doppelhaushalt 107 Millionen Euro zur Verfügung. Allein zur Sanierung, Modernisierung und den Ausbau der Universität Mainz läuft ein Maßnahmenpaket, für das bis 2015 insgesamt 330 Millionen Euro aufgewendet werden. Hiervon sind im Wirtschaftsplan 2007/2008 unter anderem der Neubau des Fachbereichs Musik mit 13 Millionen Euro, der Neubau der Physikalischen Chemie mit weiteren 26,6 Millionen Euro und der Neubau der Sozialwissenschaften mit 31,6 Millionen Euro vorgesehen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, Arbeit hat nicht nur eine ökonomische Dimension. Arbeit bedeutet auch Teilhabe an der Gesellschaft. Gerade in Zeiten der Globalisierung dürfen wir die vermeintlich Leistungsschwächeren nicht auf der Strecke lassen. Von 1991 bis 2005 hat das Land allein aus dem Haushalt des Sozialministeriums eine halbe Milliarden Euro für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bereitgestellt. Diese Maßnahmen des Landes ergänzen die Integrationsangebote der Agentur für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaften. Zur umfangreichen Palette von zielgerichteten arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen gehört auch die Fortsetzung der Initiative „Neue Chancen: 6000 plus für Jung und Alt“.

(Beifall der SPD)

Rund 31.000 Menschen profitieren jedes Jahr von den Hilfen des Landes. Der Doppelhaushalt 2007/2008 garantiert, dass Rheinland-Pfalz ein verlässlicher Partner im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und ein wichtiger Akteur zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation bleibt. Weitere 13 Millionen Euro stehen daneben im Einzelplan 08 für die Aus- und Weiterbildung im Beruf zur Verfügung.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, eine leistungsfähige staatliche Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Entwicklung der privaten Wirtschaft und damit auch die Basis für unsere Zukunftsentwicklung.

Deshalb werden in den kommenden fünf Jahren 500 Millionen Euro für den Straßenbau ausgegeben. Zusammen mit den Zuschüssen für den kommunalen Straßenbau sowie den Mitteln für den ÖPNV bzw. den SPNV werden damit rund 950 Millionen Euro in die Verkehrsinfrastruktur unseres Landes investiert. Trotz erheblicher Kürzungen durch den Bund werden wir es schaffen, den Rheinland-Pfalz-Takt zu erhalten und die bevorstehenden Herausforderungen zu meistern.

(Beifall der SPD)

Die dazu notwendigen Gespräche mit den Verkehrsunternehmen wurden bereits aufgenommen.

Meine Damen und Herren, unser Erfolg in der Zukunft wird entscheidend davon abhängen, inwieweit es uns gelingt, moderne und anspruchsvolle Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz zu schaffen und zu erhalten. Wir erhöhen daher die Fördermittel für die Gründung und Ansiedlung innovativer Unternehmen ebenso wie die Mittel für den Ausbau anwendernaher Forschungsinfrastruktur um ein Drittel auf 39 Millionen Euro.

(Beifall der SPD)

Zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze stehen über die Förderprogramme des Wirtschaftsministeriums im Doppelhaushalt weitere 191 Millionen Euro zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, Sicherheit ist ein Grundpfeiler für unsere Zukunft. Ohne Recht und Ordnung würden die Menschen keine Investitionen mehr wagen, Handel über große Strecken wäre nicht möglich. Ein gut funktionierendes Rechtssystem ist ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor.

Wir investieren in Sicherheit. Die Polizei halten wir weiterhin oberhalb einer Mindeststärke von 9.000 Polizeibeamtinnen und -beamten. Wir bauen die zweigeteilte Laufbahn weiter aus und stellen zusätzlich im so genannten „Spezialistenprogramm“ 14 neue Tarifkräfte ein.

(Beifall der SPD)

Im Strafvollzug können durch die Investitionen in den Justizvollzugsanstalten 660 neue Haftplätze geschaffen werden. Neben der hierfür erforderlichen Personalausstattung der Anstalten ist es möglich, 15 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte im Doppelhaushalt 2007/2008 zu finanzieren.

Meine Damen und Herren, wir alle sind durch die letzten Skandale in der Fleischindustrie geschockt. So etwas soll und darf nicht mehr unentdeckt bleiben.

Die Kompetenzen im Verbraucherschutz sind nun im Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz durch die Zusammenführung des wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verbraucherschutzes gebündelt und damit deutlich gestärkt worden.

Hierbei steht unter anderem im Vordergrund, die Informationsdefizite bei den Verbrauchern zu beseitigen und ihre Interessen bei der Fortentwicklung der unterschiedlichen Rechtsgebiete zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, unser Land ist durch die landwirtschaftliche Nutzung, den Weinanbau, seinen hohen Waldbestand und die Lage an den Wasserstraßen geprägt. Rheinland-Pfalz ist über die Landesgrenzen hinaus als ein lebenswertes Land bekannt, und das nicht zuletzt durch seine reizvolle Kulturlandschaft. So entscheiden sich viele Menschen bewusst für Rheinland-Pfalz als Wohnort, wenn sie in Frankfurt, Mannheim, Karlsruhe, Köln oder auch Luxemburg arbeiten.

(Schreiner, CDU: Nett formuliert!)

Wir haben eine Verantwortung unseren Kindern gegenüber, dieses Erbe unbeschadet an die nächste Generation weiterzugeben.

Deshalb wenden wir 100 Millionen Euro pro Jahr auf, um die Landwirtschaft und den Weinbau weiterzuentwickeln. Wir investieren 25 Millionen Euro in den Naturschutz. Aber auch in den Schutz der Menschen vor Naturgewalten investieren wir nahezu 100 Millionen Euro im Bereich des Hochwasserschutzes.

Durch alle diese Maßnahmen sichern wir auch die typische Kulturlandschaft unseres Landes, die ein Grund für viele Touristen ist, Rheinland-Pfalz zu besuchen. Ziel der Landesregierung ist es, diese Aspekte miteinander zu verknüpfen. Im Bereich des Tourismus, einem Wirtschaftszweig mit 4,5 Milliarden Euro Umsatz und mehr als 130.000 Beschäftigten, fördern wir die touristische Infrastruktur und unterstützen die notwendigen Marketingmaßnahmen mit sieben Millionen Euro pro Jahr.

Meine Damen und Herren, um auch in Zukunft erfolgreich zu sein, muss man sich seiner Tradition und seiner Vergangenheit bewusst sein.

Die Landesregierung investiert daher auch in die kulturellen und gesellschaftlichen Angebote, Ausstellungen und Museen, um die aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu fördern. In diesem Zusammenhang möchte ich heute von den vielen interessanten Angeboten die Landesausstellung „Konstantin der Große“ im Jahr 2007 mit einem Gesamtetat von 6,6 Millionen Euro erwähnen, welche den zentralen Beitrag des Landes zum Gesamtkonzept der Kulturhauptstadt Luxemburg darstellt.

Im Bereich des staatlichen Hochbaus steht die Sanierung und Restaurierung hochkarätiger Kulturgüter des Landes im Mittelpunkt. Im Hinblick auf die Bundesgartenschau 2011 in Koblenz wird die Sanierung der Festung Ehrenbreitstein und von Schloss Stolzenfels in Angriff genommen. Diese beiden Vorhaben mit einem Bauvolumen von 55 Millionen Euro stellen hohe Anforderungen an die Handwerkskunst. Die Arbeiten werden vorwiegend an den Mittelstand vergeben und stellen somit eine wichtige Säule für die Auftragslage des Mittelstandes dar.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss meiner Ausführungen noch einige Hinweise dazu geben, wie wir Wünschenswertes und Machbares in Übereinstimmung bringen können.

In der politischen Diskussion wird immer noch viel zu häufig die Höhe der eingesetzten Mittel als alleiniger Indikator für die produzierte Leistung verwendet.

(Ministerpräsident Beck: Sehr richtig!)

Angesichts der beschriebenen Finanzlage müssen wir in allen Bereichen, auch den Bereichen oberster politischer Priorität, intelligente Lösungen finden. Verbesserungen sind häufig auch mit gleich hohen oder gar weniger Mitteln realisierbar.

(Beifall der SPD)

Die demografische Entwicklung wird schon in den nächsten Jahren in verschiedenen Bereichen zu verminderten Bedarfen führen. Diese Sparpotenziale müssen wir konsequent nutzen.

Neue Technologien in Verbindung mit modernem Personalmanagement können auch weiterhin Effizienzpotenziale erschließen. Deshalb haben wir die Zentralstelle „IT-Management, E-Government, Multimedia und Verwaltungsmodernisierung“ eingerichtet. Im Doppelhaushalt wird der Bereich der Justizverwaltung bei der Modernisierung mit IT-Ausstattung einen Schwerpunkt bilden.

Wir setzen weiterhin darauf, den Entscheidern in der Landesverwaltung die richtigen Preisinformationen an die Hand zu geben, um den wirtschaftlichen Umgang mit knappen Ressourcen zu fördern.

Dazu gehört der Ausbau der Kosten- und Leistungsrechnung, die Überführung von geeigneten Landesaufgaben in Landesbetriebe mit kaufmännischem Rechnungswesen, die interne Belastung der Dienststellen mit den Pensionsfondszuführungen für neu eingestellte Beamte und die Inrechnungstellung von Raumkosten durch den LBB sowie weitere interne Verrechnungen.

Aber auch im Sozialbereich nutzen wir dieses Prinzip. Das neue Vergütungssystem „Selbst bestimmen – Hilfe nach Maß für behinderte Menschen“ setzt verstärkt Anreize, die günstigeren ambulanten und niedrigschwelligen Hilfen in Anspruch zu nehmen.

Wir setzen auf mehr Entscheidungsfreiheit, aber auch mehr Budgetverantwortung der Produzenten öffentlicher Leistungen. Wir weiten mit dem Doppelhaushalt die Möglichkeiten der Mittelverwendung im Rahmen der Budgetierung aus. Gleichzeitig wird aber auch das Instrument der Leistungsaufträge weiterzuentwickeln sein.

(Beifall der SPD)

Wir setzen auf Prävention. Deshalb investieren wir in funktionierende Familien. Unsere Initiative „VIVA FAMILIA“ soll dazu beitragen, Familienkompetenz zu stärken. Wir investieren in Integration, und wir setzen auf Ehrenamt. Die Vereine aktivieren die Mitarbeit der Menschen für das Gemeinwohl. Die Arbeit, die Ehrenamtliche für uns alle leisten, könnten wir uns innerhalb des Landeshaushaltes, in Euro und Cent bezahlt, nicht leisten.

(Beifall der SPD)

Wie die Online-Umfrage „Perspektive Deutschland“ zeigt, liegt Rheinland-Pfalz beim ehrenamtlichen Engagement an der Spitze. Hierfür möchte ich mich herzlich bedanken.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, wie unsere Finanzplanung zeigt, werden wir die angestrebte Ausgabenlinie von jährlich 1,1 % Zuwachs nur realisieren können, wenn wir

in den Jahren 2009 bis 2011 weitere strukturelle Einschnitte vornehmen. Der festgestellte Handlungsbedarf von 130 Millionen Euro 2009, 230 Millionen Euro 2010 und 330 Millionen Euro 2011 lässt sich nicht im Rahmen der normalen sparsamen Haushaltsführung erwirtschaften. Die notwendigen Maßnahmen werden deshalb von der Landesregierung frühzeitig in Angriff genommen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen unsere Vorstellungen dargelegt, wie die Zukunft unseres Landes in den nächsten zwei Jahren gestaltet werden soll. Ich habe Ihnen aufgezeigt, wo wir investieren, wie stark wir konsolidieren und wie wir vorsorgen. In den nächsten Wochen haben Sie die Möglichkeit, sich intensiv mit unseren Planungen auseinanderzusetzen.

Ich wünsche uns allen fruchtbare Beratungen.

Vielen Dank.

(Lang anhaltend starker Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, bevor wir auseinander laufen

(Ministerpräsident Beck überreicht dem Abgeordneten Billen ein Präsent)

– der erste Glückwunsch wird gerade ausgesprochen –, der Kollege Billen hat heute den 51. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch, langes Leben und gute Zukunft!

(Beifall im Hause)

Jürgen Creutzmann ist etwa genauso alt, ein bisschen älter. Er hat auch heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Heribert Heinrich wurde am 30. September 50. Ebenfalls herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Damit ich das gutgemacht habe, begrüße ich den Gemeinderat der Ortsgemeinde Kapsweyer, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Standortverwaltung Koblenz und die Mitglieder der Freien Wählergemeinschaft aus Birken-Honigsessen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich schließe die Debatte.

Morgen um 9:30 Uhr sehen wir uns wieder zur Fortsetzung der Tagesordnung.

Herzlichen Dank.

E n d e d e r S i t z u n g: 14:53 Uhr.